



Gemeindevereinigung

isch guet für alli



Um die Bevölkerung einzubeziehen, wurde im August 2010 ein so genanntes Bürgerforum durchgeführt. Dabei fand unter anderem eine Podiumsdiskussion statt. Die drei Kritiker ärgern sich, weil an diesem Bürgerforum vor allem viel referiert worden sei. Das Podium sei ausschliesslich mit Befürwortern der Fusion besetzt, die Mitsprachemöglichkeit der Bevölkerung sehr beschränkt gewesen. Was sagen Sie dazu?

Mit Podium meinen Sie wahrscheinlich die Schlussrunde des Bürgerforums, an der die Leiter der breit abgestützten Bürger-Workshops die Diskussionen in ihrer Gruppe zusammenfassten. Ihre Aussagen widerspiegelten die Arbeit in den Gruppen. Dass sie positiv ausfielen, trifft zu. Diese positive Haltung gegenüber der Gemeindevereinigung drückte sich übrigens auch im Resultat der nachfolgenden Grundsatzabstimmung aus, das einen Ja-Anteil von bis zu 77 Prozent aufwies. Und ja, es stimmt, dass vorwiegend Befürworterinnen und Befürworter der Vereinigung am Bürgerforum teilnahmen. Die drei Herren werden doch nicht erwarten, dass die Behörden auf den Teilnehmerkreis steuernd Einfluss nehmen.

Die drei Kritiker sagen, die Inputs der Bevölkerung seien bis heute kaum in die weitere Planung eingeflossen. Bestenfalls könne gesagt werden, dass die Informationsbroschüre nicht mehr hochglanz, sondern matt gedruckt werden.

Die Broschüre wurde von Anfang an auf demselben Mattpapier gedruckt. Das haben offenbar nicht alle realisiert – genauso wenig wie den direkten Einfluss, den die Bevölkerung auf das Projekt hat. Inputs werden von den Behörden sehr ernst genommen. Ein Beispiel dafür ist die Petition zur Zukunft der Schule Ricken, welche die Projektleitung veranlasste, entsprechende Massnahmen einzuleiten. Ein anderes Beispiel ist der erweiterte Teilnehmerkreis an den Behördenkonferenzen: Vor der Grundsatzabstimmung war die konkrete Projektarbeit den Mitgliedern der Gemeinde- und Schulbehörden vorbehalten. Aufgrund der Inputs wurde der Kreis um die Vertreter der Ortsparteien und der Ortsgemeinden erweitert. Herr Meier profitiert also direkt von der Ernsthaftigkeit, mit der wir Anregungen aus der Bevölkerung begegnen.

Die drei Herren ärgern sich auch über die fehlende Transparenz. Sie finden, die verschiedenen Finanzberichte und Expertenberichte, die in Zusammenhang mit der Fusion stehen, müssten öffentlich gemacht werden, zum Beispiel kostengünstig übers Internet. Nur so könnten sich engagierte Bürger ins Bild setzen und abschätzen, ob beispielsweise der prophezeite Steuerfuss realistisch sei. Warum werden die geforderten Unterlagen nicht frei gegeben?

Die Berichte umfassen mehrere hundert Seiten. Darunter hat es strategische Aussagen und Zahlen, die nicht an die breite Öffentlichkeit gehören. Aber wer sich präzise ins Bild setzen will, dem wird jederzeit Hand geboten. So stand beispielsweise Herr Meier der vollständige Bericht zur Verfügung. Er wurde ihm vom Ernetschwiler Gemeindepräsidenten Hugo Kessler und unserem Fachberater Jean-Claude Kleiner detailliert erläutert. Wir hätten ihm sogar gerne die ganzen Dokumente übergeben, was er allerdings zurückwies. Engagierte Bürger können sich sehr wohl ins Bild setzen.

Auch die Kosten werden kritisiert. Für die zweite Etappe der Gemeindevereinigung wird mit Kosten von 285'000 Franken gerechnet. Der Betrag unterstand in Rieden und Ernetschwil dem fakultativen Referendum. Es wird kritisiert, dass die Referendumsfrist ausgerechnet im Advent auslief, wo es schwierig gewesen sei, in der Hektik genügend Unterschriften zusammenzubekommen.

Die zweite Etappe wurde unmittelbar nach der Grundsatzabstimmung vom 26. September 2010 vorbereitet und budgetiert. Erst danach konnte das fakultative Referendum ausgeschrieben

werden. Das musste jedoch noch im Jahr 2010 erfolgen, damit die Budgetierung ordnungsgemäss erfolgen konnte. Die für ein fakultatives Referendum erforderliche Zahl an Unterschriften ist zudem sowohl in Rieden als auch in Ernetschwil sehr tief angesetzt.

Im Weiteren gibt der Name der Gemeinde zu reden. Die drei Kritiker glauben, dass der Gemeinename Gommiswald bereits zementiert sei. Auch hier monieren sie, dass es kein Mitspracherecht gebe.

Da wissen die drei Herren offenbar mehr als die Projektleitung. In der Arbeitsgruppe, die sich um Namen und Wappen kümmert, sitzen Vertreter und Vertreterinnen aus allen drei Gemeinden, den Schulen und den Ortsgemeinden ein. Sie ist bewusst breit abgestützt und wird zudem von einem Heraldiker begleitet, der die fachliche Richtigkeit der Arbeit sicherstellt. Die Arbeitsgruppe hat bei der zuständigen Stelle des Bundes bereits acht verschiedene Namensvorschläge zur Vorprüfung eingereicht.

Impressum Newsletter 1/2011

Projektleitung Gemeindevereinigung GER
c/o Postfach 60, 8737 Gommiswald
info@gemeindevereinigung.ch
www.gemeindevereinigung.ch
Redaktion: Galliker Kommunikation,
Bahnhofstrasse 2, 8610 Uster

Agenda

24. Januar 2011, Gommiswald:

2. Behördenkonferenz mit Gemeinde- und Schulräten sowie Vertretern der Ortsgemeinden und Ortsparteien

24. Februar 2011, Gommiswald:

3. Behördenkonferenz mit Gemeinde- und Schulräten sowie Vertretern der Ortsgemeinden und Ortsparteien.

27. Mai 2011, 20.00 Uhr, Ernetschwil (Mehrzweckhalle):

1. Bürgerinformation zum Vereinigungsbeschluss, zum Inkorporationsvertrag und zum Namen und Wappen der angestrebten Einheitsgemeinde.

17. August 2011, 20.00 Uhr, Rieden (Rainhalle):

2. Bürgerinformation zur Abstimmung über den Vereinigungsbeschluss.

25. September 2011:

- Abstimmung über den Beschluss zur Gemeindevereinigung GER.

newsletter

Newsletter 1/2011

Liebe Riednerinnen und Riedner
Liebe Ernetschwilerinnen und Ernetschwiler
Liebe Gommiswaldnerinnen und Gommiswaldner

Bereits stecken wir mitten im noch jungen Jahr 2011. Wir freuen uns darauf, gemeinsam mit Ihnen die nächsten Schritte zu einer vereinigten Gemeinde am Südhang des Rickens zu gehen. Das Jahr 2011 ist auf diesem Weg sehr wichtig. Im Herbst 2011 stimmen wir in unseren drei Gemeinden über den Vereinigungsbeschluss ab. Gleichzeitig entscheiden wir über die Eingliederung der Schulgemeinden und damit die Bildung einer grossen Einheitsgemeinde. Finden die Vorlagen in allen drei Gemeinden eine Mehrheit, so ist die Vereinigung beschlossene Sache.

Zum Jahresbeginn haben drei Bürger aus Rieden und Ernetschwil die Projektleitung in der regionalen Presse heftig kritisiert. Sie warfen den drei Gemeindepräsidenten unter anderem mangelnde Transparenz und zu wenig Beteiligungsmöglichkeiten für die interessierten Bürger vor. Diese Vorwürfe weisen wir in aller Form zurück. Sie sind haltlos und falsch, ja teilweise bewusst irreführend. Tatsächlich hat die Projektleitung Transparenz zu einem zentralen Grundsatz der ganzen Projektarbeit erklärt. Wir wollen, dass sich unsere Bürgerinnen und Bürger im Wissen um alle verfügbaren Fakten für oder gegen die Vereinigung unserer drei Gemeinden entscheiden. Deshalb haben wir uns einer Informations- und Kommunikationsstrategie verpflichtet, die weit über das vom Gesetzgeber verlangte Mass hinausgeht.

Die Gemeindevereinigung, die wir anstreben, ist die grösste ihrer Art im Kanton St. Gallen. Entsprechend komplex ist das Vorhaben und entsprechend gross der Kommunikationsbedarf. Die Projektleitung versucht hier eine Gratwanderung möglichst gut zu bewältigen: Auf der einen Seite steht das Bedürfnis nach transparenter Information, auf der anderen der Wunsch nach einem sparsamen Umgang mit den finanziellen Mitteln. Diese zwei gegensätzlichen Anforderungen wägen wir stets sorgfältig gegeneinander ab – optimal, wie wir meinen. Denn im vergangenen Jahr haben Sie uns verschiedentlich bestätigt, dass Sie uns vertrauen und unseren Weg unterstützen. Dafür danken wir Ihnen, und wir hoffen, dass wir auch in Zukunft auf Ihren Rückhalt zählen dürfen. Der vorliegende Newsletter ist einer der Informationskanäle, die wir regelmässig nutzen. Üblicherweise wird er aus Kostengründen nur elektronisch versandt. Er kann aber jederzeit auf unserer Homepage www.gemeindevereinigung.ch eingesehen und dort auch gratis abonniert werden. Diesmal haben wir uns entschieden, den Newsletter in gedruckter Form zu verteilen. Erstens, um ihn bekannter zu machen, zweitens, um Transparenz über die 2011 anstehende Etappe im Vereinigungsprozess zu schaffen, drittens, um den grundlosen Vorwürfen der drei Kritiker zu begegnen.

Wir freuen uns auf die weiteren Projektschritte mit Ihnen und grüssen Sie freundlich

Ihre Projektleitung G-E-R (von links nach rechts):
Jürg Schneebeli (Oberstufe G-E-R)
Marco Bollhalder (Primarschule Ernetschwil)
Hugo Kessler (Ernetschwil)
Peter Göldi (Gommiswald)
Brigitte Signer (Primarschule Rieden)
Werner Müller (Primarschule Gommiswald)
Martin Bosshard (Rieden)





Finanzierung der zweiten Etappe ist bewilligt

Die Finanzierung der zweiten Etappe auf dem Weg zur vereinigten Gemeinde Gommiswald-Ernetschwil-Rieden ist gesichert. Nach Gommiswald haben auch Ernetschwil und Rieden den notwendigen Beitrag ins Budget aufgenommen. Das fakultative Referendum wurde nicht ergriffen.

Die drei rechnen für die zweite Etappe der Gemeindevereinigung mit Kosten von 285'000 Franken. Davon trägt jede der Partnergemeinden einen Drittel, also 95'000 Franken. In Gommiswald konnte der Gemeinderat in eigener Kompetenz über diesen Beitrag entscheiden, was er im November 2010 auch tat. In Rieden und Ernetschwil, wo der Gemeinderat nicht über die nötige Finanzkompetenz verfügt, wurde der Entscheid dem fakultativen Referendum unterstellt. Nachdem das Referendum in keiner der beiden Gemeinden ergriffen worden ist, gelten die Beiträge über je 95'000 Franken auch hier als genehmigt. So kann nun mit dem vollen errechneten Budget geplant werden. Es umfasst sämtliche Kosten bis zum Vereinigungsbeschluss, über den im September 2011 abgestimmt wird.

Partnerschaftliche Finanzierung und transparente Vollkostenrechnung

Wie für den gesamten Projektverlauf geplant, tragen die drei Gemeinden am Südhang des Rickens auch die Kosten für die zweite Etappe zu gleichen Teilen. Falls die Vereinigung nicht zustande käme, würde je-

doch die eine Hälfte der Kosten je nach der Zahl der Einwohner in den drei Gemeinden umgelegt und die andere Hälfte durch drei dividiert. Gommiswald würde in diesem Fall also den grössten Anteil übernehmen, Rieden den kleinsten.

Das Budget wurde bewusst als Vollkostenrechnung ausgestaltet. Der nunmehr bewilligte Betrag von 285'000 Franken enthält sämtliche Kosten, die mit der Vereinigung verbunden sind. Neben den externen Kosten zählen unter anderem auch die Sitzungsgelder der sieben beteiligten Behörden dazu, ferner der Aufwand für die Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen wie etwa der konsolidierten, gemeinsamen Finanzplanung. Wesentliche Teile des Budgets werden zudem für die Informationsarbeit und die demokratische Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger bei der Vereinigung verwendet. Im Budget nicht berücksichtigt ist der Umstand, dass der Kanton gemäss Gemeindevereinigungsgesetz Projektbeiträge leisten wird. Es darf mit einem Beitrag von etwa 50 Prozent der Kosten gerechnet werden.

Vorbereitung des Vereinigungsbeschlusses breit abgestützt

Am 25. September 2011 wird die Bevölkerung von Ernetschwil, Rieden und Gommiswald über den Vereinigungsbeschluss entscheiden. Bei den Vorbereitungsarbeiten sind neu auch Vertreter der Ortsparteien und der Ortsverwaltungsräte dabei.

die aktiv mitarbeiten, breit zu fassen. Neben den Gemeinde- und den Schulräten werden in der jetzigen Phase auch Vertreter der Ortsparteien und der Ortsverwaltungsräte regelmässig zu den so genannten Behördenkonferenzen eingeladen. Bei diesen Treffen werden wichtige Fragen zum Vereinigungsbeschluss respektive zur neuen Gemeindeordnung geklärt. Eine erste Behördenkonferenz ist Ende November 2010 durchgeführt worden, zwei weitere finden am 24. Januar 2011 respektive am 24. Februar 2011 statt.

Im Zentrum der aktuellen Arbeiten stehen der Vereinigungsbeschluss und der Inkorporationsvertrag mit den Schulgemeinden. Im Vereinigungsbeschluss werden folgende Punkte geregelt: Der Name und das Wappen der neuen Gemeinde, die Organisation der Behörden, Verwaltung und Gemeindebetriebe sowie die Überführung der bisheri-

gen Gemeinden in die neue Gemeinde. Der Inkorporationsvertrag regelt die Eingliederung der Schulgemeinden in die neue Einheitsgemeinde. Er hält auch fest, wie die Schule in den Behörden der neuen Gemeinde vertreten sein wird.

Die neue gemeinsame Gemeindeordnung wird erst nach dem Vereinigungsbeschluss erarbeitet. Zu diesem Zweck wird – die erfolgreiche Abstimmung vorausgesetzt – ein Konstituierungsrat gebildet, der aus Vertreterinnen und Vertretern der drei politischen Gemeinden und der Schulgemeinden gebildet wird. Für die Bevölkerung ist es jedoch bereits bei der Abstimmung wichtig zu wissen, welche grundlegenden Gedanken beim Erarbeiten der künftigen Gemeindeordnung wegleitend sind. Deshalb werden die zentralen Grundsätze bereits in der jetzigen Phase festgelegt und vor der Abstimmung transparent kommuniziert.

Eine gemeinsame Gemeinde am Südhang des Rickens wird nur dann von einer Bevölkerungsmehrheit in allen drei Gemeinden getragen, wenn die Planungsschritte breit abgestützt sind. Die Projektleitung hat deshalb entschieden, den Kreis der Personen,



Namen und Wappen: Bevölkerung wird einbezogen

Bis zum Vereinigungsbeschluss werden der Name und das Wappen der neuen Gemeinde feststehen. Bei der Evaluation wird die Bevölkerung in geeigneter Art und Weise einbezogen.

Die Wahl des Namens und des Wappens der neuen Gemeinde ist mit vielen Emotionen verbunden. Die Einwohnerinnen und Einwohner möchten sich damit identifizieren, sich darin wieder finden können. Deshalb ist es für die Projektleitung klar, dass die Bevölkerung bei der Festlegung von Namen und Wappen der neuen Gemeinde am Südhang des Rickens ein gewichtiges Wort mitreden soll.

Der Namenswahl und der Gestaltung des künftigen Gemeindegewappens sind jedoch Grenzen gesetzt. Der Bund muss beides bewilligen – und er stimmt nicht jedem möglichen oder unmöglichen Vorschlag zu. Vor allem das Wappen muss strengen Vorgaben genügen. Aus diesem Grund hat sich die Projektleitung für ein zweistufiges Verfahren entschieden. Zuerst entwickelt eine Ar-

beitsgruppe mit Vertretern der drei Gemeinden und der Schulen verbindliche Vorschläge zuhanden der Bürgerinnen und Bürger. Geleitet wird diese Gruppe vom Gommiswaldner Ortsgemeindepräsident Roman Bernet. Und beraten wird sie vom Heraldiker Rolf Kälin aus Einsiedeln, der in seiner 15-jährigen Berufstätigkeit schon verschiedene Wappen entwickelt oder bei Entwicklungen als Berater fungiert hat. Liegen die Vorschläge vor, werden sie zuerst dem Bund zur Genehmigung vorgelegt. Danach wird die Bevölkerung um ihre Meinung gefragt. In welcher Form, ist noch offen. Die Arbeitsgruppe hat ihre Arbeit vor kurzem aufgenommen.

Ein Interview, das nicht gedruckt wurde

Am 12. Januar 2011 haben die Bürger Arnold Stampfli und Rolf Rüegg aus Rieden sowie Paul Meier aus Ernetschwil der G-E-R-Projektleitung Vorwürfe gemacht.

Die drei Gemeindepräsidenten wurden von den regionalen Medien eingeladen, dazu Stellung zu nehmen.

Die Antworten wurden allerdings nicht oder nur in stark gekürzter Form gedruckt. Um auch hier voll Transparenz zu schaffen, wird das Interview im vollen Wortlaut wiedergegeben.

Die drei Gemeinden führen in regelmässigen Abständen eine so genannte Behördenkonferenz durch. Zu diesen Sitzungen werden Mandatsträger und zusätzlich die Präsidenten der Ortsparteien eingeladen. Ist das soweit korrekt?

Die Behördenkonferenz ist eine Form der Projektarbeit, jene der Behörden und Parteien. Daneben gibt es viele andere Formen wie beispielsweise die Bevölkerungsinformationen und die Projektleitungssitzungen.

Das Trio bemängelt, der Teilnehmerkreis werde sehr klein gehalten. So seien beispielsweise die GPK-Mitglieder von der Teilnahme ausgeschlossen. Und in Rieden, wo es keine Parteien gibt, rede ausser den Behörden selbst niemand mit. Warum ist das so?

Das stimmt nicht. In Rieden sind unter anderem Vertreter des Ortsverwaltungsrates dabei, genauso wie in Gommiswald. Die Kritik, dass der Kreis klein sei, ist also falsch. Es zeugt von hoher Transparenz und grossem Vertrauen, dass die Ortsparteien am Gestaltungsprozess aktiv mitwirken können und sich nicht auf Vernehmlassungen beschränken müssen. Die GPK hingegen hat explizit die Aufgabe, die Behördentätigkeit zu kontrollieren. Diese Funktion könnte sie nicht mehr unabhängig wahrnehmen, wenn sie selber zur gestaltenden Kraft würde. Bei keinem der Gemeinderäte

ist übrigens ein entsprechender Antrag eines GPK-Mitgliedes eingegangen. Schliesslich gab und gibt es immer wieder Veranstaltungen, zu denen jedermann herzlich eingeladen ist. Ebenso kommuniziert die Projektleitung laufend über verschiedene Kanäle. Wir haben zu mehreren öffentlichen Workshops und Informationsveranstaltungen eingeladen. Diese Woche zum Beispiel veröffentlichten wir eine Medienmitteilung, in den nächsten Tagen erscheint ein Newsletter, im nächsten Monat ein Zwischenbericht zum Projekt. Und auf der Homepage www.gemeindevereinigung.ch ist ein Diskussionsforum eingerichtet. Die Mitsprache ist also für jedermann gewährleistet.

Paul Meier, der als Ortsparteipräsident an der Behördenkonferenz teilnehmen darf, beklagt sich, er werde schlecht dokumentiert. Er vermisst eine ausführliche Traktandenliste im Voraus und weitere Informationen, um sich auf die Behördenkonferenz optimal vorbereiten zu können.

Die Einladung mit detailliertem Programm ist an alle Beteiligten verschickt worden. Herr Meier bekommt genau die gleichen Informationen wie alle Gemeinde- und Schulräte. Er ist entsprechend gut im Bild.